

Antrag-Nr.: 18
zu TOP: 7
Rasterpkt.: Datenschutz

A N T R A G
zur Hauptversammlung vom 9. bis 11. Oktober 2014 in Würzburg

Antragsteller: ZÄ Apel, Dr. Hüttmann, ZA Sallie, ZA Steiner, Dr. Zajitschek

Landesverband: Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Berlin,
Bayern

Headline: eGK und Telematik

Auswirkungen auf den Haushalt
(unmittelbar erkennbar): keine

Wortlaut des Antrages:

- 1 Die Hauptversammlung des Freien Verbandes bekräftigt ihre Ablehnung des mit der
- 2 Einführung der elektronischen Gesundheitskarte gestarteten Aufbaus neuer Überwa-
- 3 chungs-, Kontroll- und Steuerungsmechanismen im Gesundheitswesen.
- 4 Die Aktualisierung von Stammdaten der Versicherten ist Angelegenheit der Kranken-
- 5 kassen und nicht Aufgabe der Arzt- oder Zahnarztpraxen.
- 6
- 7 **Begründung:**
- 8 *Das informationelle Selbstbestimmungsrecht aller Bürger ist grundrechtlich ge-*
- 9 *schützt.*
- 10 *Eingriffe in dieses Recht sind nur mit höherrangigen Rechtsgütern zu begründen. Die*
- 11 *(vorgeblich) kostengünstigere und effizientere Steuerung von Patienten, Ärzten und*
- 12 *Behandlungsabläufen durch gesetzliche Krankenkassen ist kein solches Gut. Die*
- 13 *Digitalisierung von Patientendaten, Behandlungsdaten, Arbeitsabläufen und Verwal-*
- 14 *tungsprozessen darf nur soweit eingesetzt werden, wie sie den Patienten, ihrer Ge-*
- 15 *sundheit und Genesung dient.*
- 16 *Die Hoheit über seine Daten muss in der Hand des Patienten liegen.*

Abstimmung: einstimmig